

Niederschrift

über die Sitzung des Rates am Dienstag, dem 25. November 2008, im Weißen Saal des Conversationshauses.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 20.40 Uhr

Anwesende Ratsmitglieder:

BM Salverius
RV Bakker-Dinkla
RM Aldegarmann
RM Budde
RM Harms
BG Ennen
BG Meyer
RM Onnen, J.
RM Onnen, B
2. stv. BM/stv. RV Plavenieks
RM Pohl
1. stv. BM Rass
RM Stange
RM Terfehr
BG Vollmer
BG Visser
RM Wehlage

Von der Verwaltung:

AV Ulrichs
Verw.- Ang. Müller für die Niederschrift

Entschuldigt fehlen:

RM Moroni
RM Nüchter

Tagesordnung

- Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
RV Bakker-Dinkla eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest.
AV Ulrichs erläutert, dass es Irritationen hinsichtlich des Termins der Ratssitzung gegeben habe. Er verliest eine Erklärung, die der Niederschrift beigelegt ist. 2. stv. BM Plavenieks erklärt, dass es Ausweichtermine gegeben habe. Er habe jetzt extra seinen Urlaub abgebrochen.
AV Ulrichs verliest eine Erklärung in eigener Sache. Die Erklärung ist der Niederschrift in der Anlage beigelegt.
- Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Ratssitzung am 28.10.2008
Die Niederschrift über die öffentliche Ratssitzung am 28.10.2008 wird mit zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.
- Feststellungsbeschluss über die Ausschussbesetzung des Ausschusses für Soziales, Schulen und Kultur
Die SPD-Fraktion hat beantragt, RM Terfehr als Mitglied im Ausschuss für Soziales, Schulen und Kultur aufzunehmen. RM Meyer soll als seine Vertreterin benannt werden. RM Harms verlässt den Ausschuss.
 - Benennung der Ausschussmitglieder und Vertreter:
Mitglied:
Manfred Plavenieks (FWN/Budde), Vorsitzender
Christian Budde (FWN/Budde)
Axel Stange (SPD)
Hans Terfehr (SPD)
Barbara Bakker-Dinkla (GRÜNE)
Stefan Wehlage (GRÜNE)
Tanja Pohl (CDU/WIN)
Vertreter:
Bernhard Onnen (FWN/Budde)
Hayo Moroni (FWN/Budde)
Jakob Onnen (SPD)
Helga Meyer (SPD)
Hans Joachim Vollmer (GRÜNE)
Karin Rass (GRÜNE)
K.- R. Aldegarmann (CDU/WIN)

- b) Feststellungsbeschluss über die Ausschussbesetzung
Die Ausschussbesetzung wird durch einstimmigen Beschluss des Rates der Stadt Norderney festgestellt.

4. Beratung und Beschlussfassung zur Verkehrsregelung auf Norderney

1. stv. BM Rass vertritt die Auffassung, dass zu viele Fahrzeuge auf Norderney fahren und appelliert an alle Norderneyer zu einer Reduzierung zu kommen. Dies gerade auch im Hinblick auf den Tourismus.

RM Terfehr meint, dass die Strukturen auf Norderney für den Autoverkehr ausgelegt sind. Man müsse zu einer Reduzierung kommen, könne aber an den Realitäten nicht vorbeikommen. 2. stv. BM Plavenieks erklärt, dass die Vorschläge der FWN an die Aufstellung der Verwaltung angefügt werden sollten. BM Salverius führt dazu aus, dass die Verwaltung versucht habe eine logische Reihenfolge aus allen vorliegenden Vorschlägen zu erarbeiten. RM Wehlage ergänzt, dass im Arbeitskreis Verkehr schließlich mit allen Fraktionen besprochen wurde, ein solches Papier zu entwickeln. BG Ennen meint, dass die noch fehlenden Punkte dem Abstimmungskatalog durch die FWN angefügt werden können.

1) Ganzjahressperre

BM Salverius erklärt, dass er sich für eine Ganzjahressperre aussprechen werde. Es würde damit ein positives Signal für den Tourismus gesetzt. Es gebe durch weniger Verkehr auch weniger Straßenschäden und es werde ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

RM Wehlage spricht sich ebenfalls für eine Ganzjahressperre aus und schließt sich diesen Argumenten an. Eine Ganzjahressperre trage auch zur Wirtschaftsförderung bei, weil das Handwerk und andere Unternehmen dann ohne Behinderungen fahren könnten.

BG Ennen spricht sich dagegen aus, weil die Bürger z.B. für Renovierungsarbeiten die Möglichkeit für Transportfahrten haben müssten.

2. stv. BM Plavenieks betont, dass es weniger Verkehr geben müsse. Die Infrastruktur sei aber auf Autos eingerichtet. RM Harms fordert, dass mehr für die Überwachung des ruhenden Verkehrs getan werden müsse.

BG Vollmer hebt die Wichtigkeit des Tourismus für Norderney hervor. Davon lebe die Insel. Er halte sogar eine Ganzjahressperre für nicht ausreichend. Es bedürfe noch weiterer Überlegungen in diese Richtung.

Der Rat der Stadt Norderney lehnt mit 7 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Einführung einer ganzjährigen Verkehrssperre auf der Basis der derzeitigen Ausnahmegenehmigungspraxis (Anpassungen, z. B. für den Bereich des Handwerks für die Bauzeiten, werden vorgenommen) ab.

2) **Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 16 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:**

Der Beibehaltung einer Verkehrssperre mit Beginn der Osterferien (Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen) bis zum Ende der jeweiligen Herbstferien wird zugestimmt.

3) **Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:**

Einer Verkehrssperre über den Jahreswechsel (beginnend nach Weihnachten bis Ende der Ferien) wird zugestimmt.

4) Schließung der Jann-Berghaus-Straße

RM Wehlage führt aus, dass ein Schutz der Fahrradfahrer und der Fußgänger vor dem einfließenden Verkehr notwendig ist. Es gebe immer noch sehr viel Verkehr.

BG Ennen begrüßt die Zonenöffnung zwischen den Zonen 1 und 2. Zumindest während Verkehrssperre sollte der Verkehr nach Osten abfließen. Nach Westen solle man nicht einfahren dürfen. Über eine Öffnung nach Westen außerhalb der Verkehrssperre könne man nachdenken.

RM Terfehr stimmt einer Öffnung in östlicher Richtung zu. Der Öffnung in Richtung Westen stehe er skeptisch gegenüber.

2. stv. BM Plavenieks hält die Schließung für misslungen. Er habe negative Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

RM Budde spricht sich dafür aus, dass die Kreuzung außerhalb der Verkehrssperre in beide Richtungen geöffnet wird. BM Salverius erklärt, dass hierüber unter Punkt 6 a) abgestimmt werden könne. RM Stange meint, dass es sich hier um eine Schwachstelle handelt, die zu verbessern sei. Er spricht sich für die Öffnung in östlicher Richtung aus.

1. stv. BM Rass erinnert, dass die Zonen eingeführt wurden, um den Verkehr zu reduzieren. Der Verkehr sollte nach Süden abfließen, um die Luftbelastung zu verringern.

BG Visser erinnert an den Wunsch von Gästen nach weniger Verkehr. Die Öffnung nach Osten sei in Ordnung. Die Regelung den Verkehr aus östlicher Richtung nach Süden abzudrängen sollte beibehalten werden.

RM Aldegarmann erinnert an die Gefährdung der Schulkinder. Daher sei ein schneller Abfluss des Verkehrs notwendig.

BM Salverius betont, dass es einen „Breakpunkt“ im Ort für den West-Ost-Verkehr und umgekehrt geben müsse, da sich der Querverkehr sonst wieder in der Stadt vollziehen werde. Er zolle den vormaligen Ratsmitgliedern Respekt, die damals eine konzeptionelle Entscheidung für den Tourismus getroffen hätten. Zu bedenken sei, dass es sich bei den heutigen Entscheidungen auch jeweils wieder um einen Versuch handelt. Bei Bedarf könne es jederzeit zu Änderungen kommen.

RM Budde meint, dass durch die Schließung erst unnötiger Verkehr erzeugt werde.

RM J. Onnen führt aus, dass die Autos im Vergleich zu früher sauberer geworden seien und es auch weniger Verkehr gebe.

Der Rat der Stadt Norderney lehnt mit 5 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Beibehaltung der Schließung der Jann-Berghaus-Straße am Wasserturm ab.

- 5) **Der Rat der Stadt Norderney lehnt mit 5 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Herstellung einer Abgrenzung zwischen einer Verkehrszone 1 und 2 auf der Ostseite der Trasse Lucius-/Feldhausenstraße ab.**

- 6) **Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:**

Der Öffnung der Jann-Berghaus-Straße in östliche Richtung wird zugestimmt.

- a) **Der Rat der Stadt Norderney lehnt mit 7 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen die Öffnung der Jann-Berghaus-Straße in beide Richtungen außerhalb der Saisonsperre ab.**

- 7) **Der Rat der Stadt Norderney fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Für die Neugestaltung des Onnen-Visser-Platzes einschließlich einer auf Dauer angelegten Verkehrsführung von West nach Ost wird die Verwaltung beauftragt bis zum Herbst 2009 Pläne und Kostenermittlungen zu erstellen.**

- 8) Ausweisung von Fußgängerzonen

BG Ennen begrüßt die Ausweisung einer Fußgängerzone im Bereich der Friedrichstraße zwischen Heinrich- und Bismarckstraße, und zwar ohne Fahrradverkehr. Es müssten dort entsprechende Lieferzeiten eingeführt werden. Für die Schmiedestraße werde die Notwendigkeit nicht gesehen. Für die Bülowallee ist der Vorschlag der Verwaltung nicht weitgehend genug. Auch um den Brunnen herum müsse gesperrt werden.

RM Stange meint, dass die Bülowallee komplett ab Rosengarten zur Fußgängerzone werden müsse.

RM Budde sieht Probleme bei der Einführung von Lieferzeiten.

RM Wehlage verweist darauf, dass die Straßen im Sommer sehr voll sind. Es gebe hier Handlungsbedarf. Der Herrenpfad sollte zwischen Denkmal und Jann-Berghaus-Straße und die Jann-Berghaus-Straße auch zwischen Herrenpfad und Kampstraße gesperrt werden. Alternativ könne die Sperrung auch nur während der Sommerzeit gelten.

Es besteht Übereinstimmung, die Alternativen nachfolgend abzustimmen.

BM Salverius erläutert, dass es beim Lieferverkehr durchaus Probleme geben könne. Zeitliche Einschränkungen können bei den Lieferfirmen einen Mehrbedarf und Fahrzeugen und Personal auslösen. Dazu habe es in der Vergangenheit bereits einen Gedankenaustausch mit den Unternehmen gegeben. Im Übrigen weist darauf hin, dass es mit der Sperrung der Zone um den Brunnen Schwierigkeiten in der Mittelstraße geben werde, die bekanntlich keinen Gegenrichtungsverkehr aufnehmen kann. Ein solches Vorgehen sei eigentlich nicht machbar. Er sei vielmehr der grundsätzlichen Auffassung, dass der Wunsch nach weiteren Fußgängerzonen lediglich eine Alibifunktion habe, weil man die Entschei-

dung zu Punkt 1 nicht getroffen habe. Faktisch seien alle genannten Straßenabschnitte in der Saison Fußgängerbereich. Dafür benötige es keiner Regelungen mehr.

Über die Ausweisung folgender Bereiche als Fußgängerzone mit festgelegten Lieferzeiten beschließt der Rat der Stadt Norderney mit nachfolgendem Stimmenverhältnis:

- a) **Friedrichstraße zwischen Heinrich- und Bismarckstraße: 11 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen**
 - b) **Schmiedestraße: 7 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**
 - c) **Bülowallee zwischen Mittel- und Kampstraße: 11 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen**
 - d) **Herrenpfad zwischen Denkmal und Jann-Berghaus-Straße (fahrradfrei wie in der Bülowallee) 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen**
 - e) **Jann-Berghaus-Straße zwischen Herrenpfad und Kampstraße: 4 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**
 - f) **Wie e) nur in den Sommermonaten: 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen**
 - g) **Bülowallee: von der Wilhelmstraße (Ende Parkbucht) um dem Brunnen herum bis zur bis zur Kampstraße (Apotheke) 10 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen (bei Abwesenheit von 2 Ratsmitgliedern)**
- 9) **Der Rat der Stadt Norderney fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Straßenverkehrsamt des Landkreises Aurich die Ausnahmegenehmigungskriterien der Gestalt zu verschärfen, dass nicht notwendiger Verkehr nach Möglichkeit unterbleibt.**
- 10) EURO-Norm
BG Ennen spricht sich grundsätzlich dafür aus. Er halte die Einführung aber für zu früh. 1. stv. BM Rass betont, dass hier die Verwaltung beauftragt werde, etwas zu entwickeln.
BM Salverius merkt an, dass es nicht darum gehe, die betroffenen Fahrzeughalter zu drangsaliieren. Es soll aber die Umstellung zu aktuellen Fahrzeugtechniken befördert werden.

Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 12 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Straßenverkehrsamt des Landkreises Aurich bezüglich des Einsatzes umweltverträglicherer Antriebe (EURO-Norm) Benutzervorteile beziehungsweise Benutzernachteile zu entwickeln.

- 11) RM Wehlage schlägt vor, die Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Parkplatzes C zur finanziellen Unterstützung des öffentlichen Personennahverkehrs zu verwenden.
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 15 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Staatbad Norderney GmbH und den Transportunternehmen eine bedarfsgerechte Fortentwicklung des Angebotes im öffentlichen Personennahverkehr vorzunehmen.**
RM Harms ist während der Beschlussfassung nicht anwesend.
- 12) RM Terfehr vermisst neben der Aufforderung an die Polizei eine entsprechende Aufforderung an die Verwaltung. BM Salverius erinnert, dass bereits ein weiterer Mitarbeiter eingestellt wurde.
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:
Die Polizei als zuständiges Organ der Verkehrsüberwachung wird aufgefordert, die Einhaltung des Verkehrsverbotes, insbesondere der Kfz.-Ausnahmegenehmigungen, in verstärkter Weise zu kontrollieren.**
RM Aldegarmann und RM Harms sind während der Beschlussfassung nicht anwesend.
- 13) **Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass sich alle hier getroffenen Entscheidungen ausdrücklich als Verkehrsversuch verstehen. Sie können nach Erprobung verändert werden.**

RM B. Onnen merkt an, dass nur der Rat diese Beschlüsse wieder ändern könne. BM Salverius macht deutlich, dass mit dem Abschlusspunkt ausdrücklich klar gestellt werden solle, dass es sich weiterhin

nur um einen Verkehrsversuch handelt.

RM Budde stellt die Forderung der FWN zur Diskussion, die Ausnahmegenehmigungen für bis zu drei Jahre unter Widerrufsvorbehalt bei Wegfall der Voraussetzung auszustellen oder ggf. bei Missbrauch zu entziehen. Oftmals sei ein Missbrauch der Ausnahmegenehmigungen festzustellen. BM Salverius führt aus, dass die Stadt Norderney auf die Handlungsweise des Landkreises nur bedingt Einfluss nehmen könne. Es müsste im Übrigen dann auch das Verkehrsverbot über mehrere Jahre ausgesprochen werden. Diese Thematik sollte im Fachausschuss nochmals behandelt werden.

1. stv. BM Rass wirft ein, dass man beim Zeitfenster der Schlauchgenehmigungen Einschränkungen vornehmen könne.

RM Stange merkt an, dass die Fahrzeuge der Müllabfuhr und der Straßenreinigung erst ab 8.00 Uhr in die Zonen 1 und 2 fahren sollten. Viele Gäste fühlten sich frühmorgens gestört. RV Bakker-Dinkla erwidert, dass ihre Gäste sich darüber noch nie beschwert hätten. BM Salverius erläutert, dass das Thema bekannt sei. Man werde nochmals mit den Technischen Diensten und der Müllabfuhr sprechen.

2. stv. BM Plavenieks ergänzt, dass innerhalb enger Straßen besonders viel Lärm entsteht. Eventuell könne man den Dienstplan entsprechend anpassen.

14) Parkplatz am Wasserturm

RM Budde beantragt, dass die Zufahrt zum Parkplatz am Wasserturm (Parkstreifen am Betriebshofgelände) ganzjährig und ohne Einschränkungen gestattet werden soll, ebenso die Zufahrt zum Bereich Mühleneck und An der Mühle. Es handele sich um Wohngebiete mit reinem Anliegerverkehr. Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen sei dort nicht zu erwarten.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

RM Aldegarmann ist während der Beschlussfassung nicht anwesend.

RM Budde erläutert den Punkt 10 der FWN-Aufstellung hinsichtlich einer lückenlose Überwachung des Verkehrs, insbesondere des ruhenden Verkehrs und der Ausnahmegenehmigungen. BM Salverius stellt fest, dass darüber unter Nummer 12 beraten und beschlossen wurde.

RM Harms fragt, wie lang es bis zur Öffnung der Jann-Berghaus-Straße in östlicher Richtung bracht. BM Salverius antwortet, dass die Angelegenheit erst mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt werden muss. Einen genauen Termin könne er daher nicht nennen.

5. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Der Rat der Stadt Norderney stimmt den folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben einstimmig zu:

- **VW 90.810 (Gewerbesteuerumlage) in Höhe von 106.000,00 €
Deckungsvorschlag: Mehreinnahmen bei VW 90.003 (Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital)**
- **VW 464.718 (Zuschuss zur Unterhaltung des ev.-luth. Kindergartens) in Höhe von 25.300,00 €
Deckungsvorschlag: Mehreinnahmen VW 90.003 (Gewerbesteuerumlage nach Ertrag und Kapital)**
- **VW 210.5016 (Grundschule – Sanierung der Heizungsleitungen) in Höhe von 4.630,35 €
Deckungsvorschlag: Minderausgaben bei VW 210.5017 (Grundschule – Sanierung der Außenfassade)**
- **VW 881.64 (Allgemeines Grundvermögen, öffentliche Abgaben) in Höhe von 4.434,53 €
Deckungsvorschlag: Mehreinnahme bei VW 90.003 (Gewerbesteuer)**

6. Mitteilungen der Verwaltung

BM Salverius verliest eine Stellungnahme zum Bauvorhaben Luisenhof, die der Niederschrift in der Anlage beigefügt ist.

7. Anträge und Anfragen

- a) 1. stv. BM Rass verweist auf eine Veranstaltung im Nationalparkhaus zum Thema Vernichtung des kanadischen Urwalds. Sie appelliert an alle, Umweltschutzpapier zu verwenden.
- b) RM Budde fragt, ob das alte Rathaus bereits an Herrn Onkes verkauft wurde. BM Salverius antwortet, dass das Gebäude an Herrn Onkes verpachtet ist.

8. Einwohnerfragestunde

- a) Herr Jann Saathoff fragt, ob die Baugenehmigung für das Fünf-Sterne-Hotel durch Zeitablauf nicht mehr gültig sei und ob eine neue Baugenehmigung beantragt ist. Es sei doch fraglich, ob eine insolvente Gesellschaft überhaupt eine solche Verlängerung beantragen könne. BM Salverius erwidert, dass eine Verlängerung der Baugenehmigung beantragt sei. Zu diesbezüglichen rechtlichen Sachverhalten werde die Verwaltung in der Öffentlichkeit keine Stellung nehmen.
- b) Herr Jentsch fragt, ob Herr Wiesch eine Abbruchgenehmigung für das Haus Luisenhof habe und rechtliche Schritte angekündigt habe. BM Salverius verweist auf seine Stellungnahme. Herr Wiesch habe eine Abbruchgenehmigung. Wenn er sie einsetzt, müsse er mit den Folgen des Verlustes des Bestandsschutzes leben.
- c) Herr GF Loth bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass es nicht zu einer Ganzjahresverkehrssperre gekommen ist. Es gebe sehr viele Beschwerden von Gästen über den Autoverkehr. Herr Saathoff meint, dass die scheinbar vorhandene Beschwerdeliste bei der Kurverwaltung auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte. RV Bakker-Dinkla verweist darauf, dass das im Rahmen der Vorstellung der ETI-Studie bereits einmal geschehen sei.
- d) Herr Georg Fischer fragt, ob es konkrete Beschwerden über den Lieferverkehr gebe. Herr Loth erläutert, dass es keine konkreten Beschwerden zum Lieferverkehr, sondern allgemein über den Verkehr gebe. Es gehe darum Gespräche zu diesem Thema zu führen. Auch das Thema Verkehrlenkung müsse angesprochen werden. Er bittet den Rat, das Thema in seiner ganzen Komplexität weiterhin zu beraten.

(Salverius)
Bürgermeister

(Bakker-Dinkla)
Ratsvorsitzende

(Müller)
Protokollführerin

Dem Ostfriesischen Kurier waren heute ungeheuerliche Vorwürfe hinsichtlich der Terminierung der heutigen Ratssitzung zu entnehmen. Von Worten wie Rechts-, Machtmissbrauch, und Willkür ist dort die Rede, die Richtung Bürgermeister und der übrigen Fraktionen ausgesprochen wurden. Ich möchte auf die ungeheuerlichen Unterstellungen hier gar nicht näher eingehen, der ein oder andere mag es vielleicht gelesen haben. Dass sich die FWN als Gruppe insgesamt hinter solche öffentlichen Verunglimpfungen stellt, verwundert dann doch etwas. Beleuchtet man die Situation etwas genauer, wird nämlich schnell deutlich, wer die Verlegung des Sitzungstermins mitgetragen hat.

Wie ist es zum heutigen Termin gekommen? In der Ratssitzung am 28.10.2008 ist der Tagesordnungspunkt „Verkehrsregelung“ auf Antrag der Gruppe FWN/Budde nicht mehr behandelt worden, weil gerade sie es waren, die bereits zu Beginn der Sitzung wegen vermeintlich zu erwartender Ermüdungserscheinungen das zeitliche Ende festgelegt haben wollten. Sie wussten, dass der TOP am Ende der Tagesordnung steht und es daher u. U. nicht mehr zu dessen Behandlung kommen würde. Für die sich anschließenden Gesellschafterversammlungen war übrigens noch genügend Aufmerksamkeit vorhanden.

Der Rat hat sich sodann dafür ausgesprochen, ohne einen förmlichen Beschluss zu fassen, die Sitzung am 17.11.2008 fortzusetzen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion ist dieser Termin dann in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.11.2008 auf den 25.11.2008 verlegt worden; rechtlich völlig unproblematisch, es handelte sich nur um eine Absprache. Letztlich lädt der Bürgermeister zu Ratssitzungen ein und legt Termine fest. Diese Terminverschiebung wurde einstimmig unter Beteiligung des Vertreters der FWN festgelegt. Erst am 10.11.2008, also 5 Tage später, ist der FWN-Gruppe eingefallen, dass voraussichtlich 3 von 4 Mitgliedern nicht anwesend sein werden. Aufgrund des ungeheuren Termindrucks hat sich kein neuer Termin mehr gefunden, an dem alle Ratsmitglieder hätten teilnehmen können. Die FWN hat sich das Zustandekommen des heutigen Termins also selber zuzuschreiben.

Wenn ich von anderen demokratisch und politisch korrektes Verhalten fordere, sollte man selber mit gutem Beispiel vorangehen. Vielleicht lassen sich dann künftig solche überflüssigen Schaukämpfe vermeiden.

Ich möchte die heutige Ratssitzung nutzen, um eine kurze Erklärung in eigener Sache abzugeben.

In der Februarratssitzung dieses Jahres habe ich Ausführungen zur Weitergabe von Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungen und die daraus resultierenden Folgen für die Verwaltung gemacht. Ich habe seinerzeit erklärt, dass es mir in erster Linie nicht um die Weitergabe von vertraulichen Informationen bzw. Interna aus nichtöffentlichen Sitzungen geht, sondern um die daraus entstehende Situation für die Verwaltung. Daraus hat sich eine rechtliche Auseinandersetzung mit Herrn Moroni ergeben, der die Vorwürfe seinerseits bestritten hat. Letztlich haben wir uns Ende Oktober vor dem Landgericht Aurich wieder getroffen. Da der vorsitzende Richter eine Beweisaufnahme angekündigt hat und weder Herr Moroni noch ich ein Interesse daran hatten, dieses Verfahren fortzusetzen, auch im Interesse der Verwaltung und des Rates der Stadt Norderney, haben wir uns auf einen Vergleich geeinigt und das Verfahren damit beendet. Der Vergleich beinhaltet eine inhaltliche Richtigstellung meines Berichtes, sofern dieser in einem Punkt missverständlich war.

Soweit mit meiner Erklärung in der öffentlichen Ratssitzung vom 05.02.2008 der Vorwurf verbunden war, Herr Moroni habe Herrn Dr. Jenssen *vertrauliche* Informationen übermittelt, widerrufe ich diese daher. Eine entsprechende Behauptung hat Herr Dr. Jenssen gegenüber der Verwaltung nie getätigt.

Diese Dinge werden wohl nie ganz aufgeklärt werden können. Festzustellen bleibt aber, dass es seit dieser öffentlichen Diskussion keine gleichartigen nennenswerten Vorfälle mehr gegeben hat.

Ratssitzung am 25. 11. 2008
Stellungnahme zum Objekt „Luisenhof“

Die Stadt Norderney durfte der Norderneyer Badezeitung am 21. 11. 2008 eine leider einseitige Darstellung der Sachlage entnehmen. Die vom Bürgermeister der Redakteurin auf deren Anfrage hin gegebenen Auskünfte finden sich nicht einmal ansatzweise im Bericht wieder. Da die Sache von allgemeinem Interesse ist und sich schon Generationen von Ratsmitgliedern mit dem Thema befassen mussten, hier eine Klarstellung:

Ausweislich der Akten hat am 1. 4. 1992 mit der Denkmalpflege, der Bauaufsicht und dem Eigentümer eine Besichtigung der Situation stattgefunden. Ergebnis: Nur aus dem Erhalt der denkmalgeschützten, dreigeschossigen Substanz heraus lässt sich das vorhandene Bauvolumen konservieren und im Dachbereich hinter der Attika ein weiteres viertes Geschoss entwickeln. Bei einem Abriss entfällt jeglicher Bestandsschutz. Eine Neubebauung des äußerst schmalen Grundstücks nach heute geltendem Baurecht ist möglich, führt jedoch zu einem deutlich geringeren Bauvolumen.

Seit nunmehr 16 Jahren will der Eigentümer mit dem Kopf durch die Wand. Er möchte allem noch ein fünftes Geschoss aufsetzen. Stadt und Landkreis haben dieses Ansinnen seit jeher abgelehnt, da die entstehende Unmaßstäblichkeit auch nicht mit dem Denkmalerhalt zu rechtfertigen wäre. An der städtischen Auffassung hat sich nichts geändert. Die wiedergegebenen Äußerungen des Pressesprechers des Landkreises sind nicht nachvollziehbar.